Nr. 136 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 30. Mai 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 6 28, 13 6 38, 13 6 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 82 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—; für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Rundfunk 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.50, vierteljährlich M. 13.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.00, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 10 Pf.

Die Niederlage der Polen

Warschau in Verteidigungszustand

* Basel, 29. Mai. Die „Daily Mail" meldet aus Warschau, daß die Stadt in Verteidigungszustand gesetzt wurde. Die polnische Regierung hat mehrere Reservejahrgänge zu den Waffen berufen. In Warschau verkünden Anschläge, daß das polnische Heimatland durch das bedrohliche Heranrücken bolschewistisch-russischer Heeresteile in Gefahr gebracht sei. — Die „Times" teilen mit, daß die Polen ihren „strategischen" Rückzug fortsetzen. Die Bolschewisten haben die Front — Minsk — langsam vorgeschoben und beschießen die Vorstädte von Minsk mit schweren Geschützen. Die Eisenbahnlinie von Minsk nach Berditschew liegt unter Artilleriefeuer.

*

Minsk wird noch gehalten

Rotterdam, 29. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die „Times" melden aus Warschau: Minsk wird noch von den Polen gehalten. Große Truppentransporte aus ganz Polen sind auf dem Wege an die gefährdete Front. Die Bolschewisten stehen etwa 15 Kilometer vor Minsk.

*

Der russische Druck gibt nach?

Rotterdam, 29. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Aus Warschau berichten die „Times": Der polnische Generalstab gibt einen Heeresbericht aus, der die allgemeine Zurücknahme der polnischen Front bis Brest-Litowsk zugibt, aber ein Nachlassen des russischen Drucks feststellt. Die Lage an der Front beginnt sich zu stabilisieren. Eine Bedrohung Kongreßpolens wird verneint. Nach den Feststellungen des polnischen Heeresberichtes haben die Bolschewisten ihre Erfolge mit einer vierfachen Uebermacht errungen.

*

Der Hilferuf an Frankreich

Das schwerbedrängte Polen erläßt einen Hilferuf an Frankreich um die Entsendung namhafter französischer Hilfskräfte, da die Gefahr einer völligen militärischen Niederlage bestehe. Der Appell ist zwar schmeichelhaft für Frankreich und steht im Einklang mit dem herrischen Auftreten der Franzosen im Besetzten und neuerdings auch im unbesetzten deutschen Gebiet, wo die Behandlung des Blücher-Denkmals bei Caub einmalweisen wohl das äußerste darstellt, was an Unehren des französischen Namens seit dem Einzuge der Franzmänner auf deutsches Gebiet geleistet worden ist. Aber der polnische Appell kommt dem Millerand und Genossen schwerlich gelegen, denn für eine Verstrickung in kriegerische Abenteuer fehlt es auch in Frankreich gleichermaßen an nationalem Rückhalt wie an der Bereitwilligkeit zu neuerlichen finanziellen Aufwendungen, denn zu Geldentschädigungen sind die schon mehr als bankrotten Polen natürlich außerstande, während Frankreich sich im Orient unabsehbaren finanziellen und militärischen Opfern gegenüber sieht.

Schon mußten Senegalesen nach der Levante gesandt werden und zu diesem Zweck aus dem Rheinland abberufen werden. Marschall Foch würde diese Schwarzen ja wohl ohne Zaudern den Polen zu Hilfe schicken, aber in Syrien stehen belangreiche französische Interessen unter dem unheilverkündenden Druck der energisch vorstoßenden türkischen Streitkräfte, und es muß in Paris ja auch in Betracht gezogen und darauf Rücksicht genommen werden, daß England mit weiteren Plänchen nach militärischen Operationen der französischen Kampfgenossen im Orient auf den Plan treten kann, was natürlich für Frankreich weitaus im Vorrang zu stehen hat vor dem polnischen Hilfeflehen. Die Hallertruppen, soweit sie aus amerikanischen Polen bestehen, werden von dem kriegsmüden Onkel Sam jetzt aus der zusammenbrechenden polnischen Front kaltblütig zurückgezogen und etappenweise über den Atlantischen Ozean heimbefördert. Das Angelsachsentum hat in Polen offenbar keine politischen Interessen mehr, weil es sich der bolschewistischen Zwangsvorstellung entwindet. In der Tat scheint also die Berechtigung des „Noch ist das neue Polen nicht verloren" von Frankreichs Willfährigkeit zur Hilfeleistung abzuhängen, eine höchst fragwürdige Chance.

*

Die Not der polnischen Armee

* Genf, 29. Mai. Das „Petit Journal" meldet: Die polnische Regierung richtete an die französische Regierung ein Telegramm, das den Ernst der Lage der polnischen Armee kennzeichnet und um die Entsendung namhafter französischer Hilfskräfte ersucht, da die Gefahr einer völligen militärischen Niederlage bestehe. Der „Matin" berichtet, daß die Lage an der polnischen Front außerordentlich kritisch sei, da die russischen bolschewistischen Streitkräfte fortwährend Verstärkungen heranziehen. Die polnischen Linien an der Düna und an der Beresina sind an mehreren Stellen bereits eingedrückt und verschiedentlich durchbrochen worden. Die Verluste der Polen betragen 1000 Tote und Verwundete und über 6000 Mann an Gefangenen.

*

Auflösung der Hallerschen Truppen

* Danzig, 29. Mai. Die Polen setzen die Demobilisierung der Hallerschen Truppen fort, die über Danzig nach Amerika zurücktransportiert werden. Heute verläßt ein Transport von 1000 polnischen Reservisten den Danziger Hafen.

*

Polen soll bolschewisiert werden

„Berlingske Tidende" meldet aus Kowno: Die letzte Nummer des führenden Bolschewistenblattes „Iswestija" veröffentlicht einen Artikel von Radek, in dem dieser sehr entschieden auf die Gefahr aufmerksam macht, die Rußland von Polen drohe. Rußland müsse sich darüber klar sein, daß Polen ein gefährlicher und starker Feind sei und der Krieg nur dann zu einem schnellen und siegreichen Ende gebracht werden könne, wenn Rußland alle ihm zur Verfügung stehenden Truppen schnell gegen Polen zusammenziehe. Es sei eine Notwendigkeit für Räterußland, das weiße Polen zu vernichten, daß es nicht neben sich dulden könne. Das Sowjetsystem sei erst dann gesichert, wenn Räterußland ein bolschewistisches Polen an seiner Seite habe.

Bildung eines internationalen Schiedsgerichts

Von unserm ⊙-Mitarbeiter

Haag, 28. Mai

Wie ich von unterrichteter Seite vernehme, werden im Friedenspalaste die Vorbereitungen zu den Präliminarbesprechungen getroffen, deren Zweck es ist, eine konstituierende Versammlung für die Bildung eines internationalen Schiedsgerichtshofes zu organisieren. Anfang des folgenden Monates werden Vertreter Englands und Italiens erwartet, die im Haager Friedenspalaste, gemeinschaftlich mit holländischen und schweizerischen Delegierten, über die Grundlinien der ersten Besprechungen auf internationaler Basis konferieren sollen. Es ist aber noch nicht bekannt, wann Léon Bourgeois, der Vertreter Frankreichs, hierher kommen wird. Man rechnet mit Bestimmtheit auf die Anwesenheit des Delegierten der französischen Republik, weil nur dann die wichtige Frage, nämlich die Einladung deutscher Völkerrechtsgelehrter nach dem Haag, entschieden werden kann. Den Konferenzen, die anfangs Juni stattfinden sollen, wird auch der amerikanische Vertreter Elihu Root beiwohnen. Root begibt sich dieser Tage, zusammen mit Scott, dem Beirat der amerikanischen Friedensdelegation in Paris, nach Europa. Er benutzt den holländischen Dampfer „Nieuw Amsterdam", und er wird, nach Rücksprache mit britischen Persönlichkeiten, im Haag Aufenthalt nehmen. Die holländische Studienkommission, bestehend aus vierzehn Persönlichkeiten, darunter Justizminister Heemskerk, ist bereits zusammengestellt. Man rechnet damit, daß die konstituierende Versammlung Mitte Juli stattfinden könnte, falls sich in der Frage der Zulassung Deutschlands keine Schwierigkeiten ergeben sollten.

Die Außenwerke von Versailles

Der Versailler Vertrag, der, wie eine Festung, die Friedensordnung der Welt im Sinne der Siegerstaaten sichern sollte, ist in seinem Kernwerk gesprengt worden. Das geschah am 26. Mai, als die in Paris versammelten Finanzsachverständigen entschieden, der wirtschaftspolitische, also ein wesentlicher Teil des Friedensvertrages sei unausführbar und müsse darum geändert werden. Um das gebotene Kernwerk aber stehen noch die Außenwerke; vielmehr sie sind noch in der Entstehung begriffen. Will man die Schwierigkeiten vorurteilslos würdigen, die den Entschluß, den Hauptvertrag zu ändern, noch nicht zur Reife kommen lassen, so darf man die Außenwerke nicht vergessen.

Ziemlich gleichzeitig mit der Bestätigung des Friedens mit Oesterreich (Vertrag von Saint-Germain) durch die französische Kammer sind in Budapest die letzten Widerstände gegen die Unterzeichnung des Friedens von Neuilly erlahmt. Der Entwurf zum Türkenfrieden liegt in Konstantinopel einer tatsächlich kaum mehr bestehenden Regierung vor. Endlich hat, ebenfalls in diesen Tagen, Präsident Wilson die Erklärung, Amerika befinde sich im Zustande des Friedens mit Deutschland, durch das erwartete Veto verhindert.

Außerhalb der Beziehungen zwischen Deutschland und seinen europäischen Gegnern lebt somit die Welt in nicht einmal grundsätzlich, geschweige denn tatsächlich geregelten Zuständen. Selbst in Mitteleuropa sind, hinsichtlich Oesterreichs, die Dinge zur Not bis zur Ratifikation, weiter südöstlich bis zur Vertragsunterzeichnung gediehen. Es kann 1921 werden, bevor nur an der Donau der amtliche Friede eingekehrt ist; wann, ob und unter welchen Verhältnissen er sich auf Vorderasien, auf Rußland und den fernen Osten ausdehnen wird, weiß niemand zu sagen.

Dennoch werden die Mächte, die, unter dem Druck einer nachwirkenden Kriegsstimmung oder aus einem Verfagen der Einsicht ihrer Regierung sich den Anschein geben, als sei alles geordnet, wenn man Deutschland zum Begleichen der ganzen politischen und wirtschaftlichen Kriegsrechnung verpflichtet; werden besonders England und Frankreich bei dem Neubau des Kernwerks auf die Außenwerke, bei dem Ausbau der Außenwerke auf den Zustand des Kernwerks Rücksicht zu nehmen haben. Die Trennung zwischen den beiden Gebieten: Versailler Vertrag und Ordnung aller übrigen Angelegenheiten durch Abkünfte zwischen den Verbandsmächten, hat aufgehört, möglich auch nur zu scheinen. Versailles verführte zu willkürlicher Einengung des Welthorizonts; schon in Neuilly war die künstliche Einfachheit des Siegerwillens nicht mehr zu halten. So hart und gewaltätig die Großmächte mit dem magyarischen Ungarn verfuhren: man muß immerhin zugeben, daß sie in ihren Entschließungen viel weniger frei waren als in Versailles. Bei dem Entwurf des Friedens mit Deutschland hatten die Mächte es nur mit dem Gegner: in Neuilly hatten sie es nicht nur mit Ungarn, sondern mit mehreren „Sukzessionsstaaten" zu tun. Was man den Magyaren hätte lassen wollen, hätte den Kroaten, Slowenen, Serben, Rumänen, Slowaken entzogen werden müssen. Vorausgesetzt, daß zwischen den Erben der österreichisch-ungarischen Monarchie die Wirtschaftsgrenzen geschlossen bleiben, war die Not in der Tat ungefähr die gleiche, wie auch diese Grenzen verliefen. Ins Riesenhafte übertragen, gelten die gleichen Schwierigkeiten und Widersprüche für die asiatische Völkerwirrnis. Es sei, statt aller andern Beispiele, nur an die Weigerung Amerikas erinnert, das Mandat für Armenien zu übernehmen.

Daraus ergibt sich die Art, in der die beiden Aufgabengebiete der Weltmächte aufeinander zu wirken haben. Die räumliche Weite des Gesichtsfeldes, das sich von den Außenwerken her öffnet, muß auf die Denkweise der Staatsmänner übergehen, die mit Deutschland, in Gemeinschaft mit Deutschland über die Wirtschaftsrettung verhandeln; die sachliche, zusammenfassende Vernunft, ohne die solche Verhandlungen nicht geführt werden können, muß mit ihren vereinheitlichenden Gesichtspunkten in die Wirrnis unfertiger Friedensschlüsse Klarheit bringen.

*

Die Forderungen und unsre Leistungsfähigkeit

Das Mißverhältnis zwischen den Ententeforderungen und der deutschen Leistungsfähigkeit kann man sich, wie das „B. T." schreibt, am ehesten klar machen, wenn man sich überlegt, welchen Wert der gesamte deutsche Grund und Boden besitzt. Vor dem Kriege wurde er auf 40 Milliarden geschätzt. Jetzt haben wir noch große Teile von Deutschland verloren. Der Boden ist ausgesogen und kann erst nach Jahren mühevollster Arbeit wieder ertragsfähiger gemacht werden. Auf Grund einer Unterredung mit dem Reichsfinanzminister will das genannte Blatt sagen können, daß der gesamte Wert alles land- und forstwirtschaftlich benutzten Bodens in Deutschland kaum mehr als 25 Milliarden Goldmark ausmacht. Die Last, die Deutschland auferlegt werden soll, ist um ein Vielfaches größer als der ganze Wert des land- und forstwirtschaftlichen Besitzes.

*

Die deutsche Entschädigungsforderung

Berlin, 29. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Entschädigungsforderung für das durch die französische Besetzung des Mainganes verursachten Schäden ist nach Paris abgegangen. Sie lautet auf 9¾ Millionen Mark.

*

Der beschlagnahmte deutsche Besitz

Genf, 29. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung der Lyoner Handelskammer werden deutsche Besitztümer in Frankreich bis auf weiteres nicht freigegeben. Ihre Zurückhaltung sei von dem Finanzministerium verfügt worden, bis die deutsche Regierung mit der Abtragung der Schadenersatzforderungen an Frankreich begonnen haben würde.

*

Nollet über die Aufgaben von Spa

Berlin, 29. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Chef der Ententekommission, General Nollet, ist zu einer abermaligen Berichterstattung vom Alliierten Rat nach Paris berufen worden. General Nollet äußerte in einer Unterredung, nach seinen Informationen werde die Konferenz in Spa nicht Abänderungen der Verpflichtungen Deutschlands bringen, sondern sie werde nur Sicherheiten für die Vertragserfüllungen Deutschland aufzuerlegen haben.

*

Keine Verschiebung der Konferenz

Der „Matin" erklärt, die alliierten Regierungen hätten sich schon mit der Frage beschäftigt, ob die Konferenz von Spa, wie die italienische Regierung es wünsche, verschoben werden könnte. Die allgemeine Meinung sei, daß man unmöglich auf eine Vertagung eingehen könne, weil man dann nicht imstande wäre, die internationale Finanzkonferenz vor dem Herbst nach Brüssel zusammenzurufen, die nur dann nützlich arbeiten könne, wenn die Alliierten Entscheidungen getroffen und sie Deutschland mitgeteilt hätten.

*

Die Unterbrechung der Wirtschaftskonferenz

* Zürich, 29. Mai. Wie der „Petit Parisien" meldet, wird die Unterbrechung der Arbeiten der deutsch-französischen Wirtschaftskonferenz in Paris auf etwa eine Woche geschätzt. Einer der wichtigsten Gründe für die Unterbrechung liegt darin, daß bei der deutschen Delegation ein Vertreter der Metallindustrie fehlt. Eine Vertretung dieses wichtigen Wirtschaftszweiges sei jedoch für einen nützlichen Fortgang der Arbeiten unbedingt notwendig.

*

Zur Entwaffnung Deutschlands

* Basel, 29. Mai. „Petit Journal" meldet: General Nollet hat über die Vernichtung deutschen Kriegsmaterials, die unter seiner Aufsicht in Deutschland erfolgt, soeben Bericht erstattet. Der General hatte 100 Zerstörungsämter geschaffen, die ununterbrochen in Tätigkeit sind. Das Material wird nicht vernichtet, sondern nur zu Kriegszwecken unbrauchbar gemacht. Es wird dann der Wiedergutmachungskommission zugeführt, die es an deutsche Altmetallfirmen verkauft. Der Wert dieses Altmetalls wird auf mindestens vier Milliarden Franken geschätzt.

*

Dresden in englischer Beleuchtung

L. London, 29. Mai. (Eig. Bericht.) Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgen politische Kreise die aus Deutschland eintreffenden Berichte über die „neue Agitation der deutschen Junkers". Besonders die mit den französischen Militaristen sehr befreundeten unionistischen Gruppen ziehen aus den Berichten, die englische Zeitungen über Köln erhalten, den Schluß, daß „man Deutschland nicht vertrauen dürfe". Am meisten zeigt man sich über die Kandidaturen „sehr vieler bekannter deutscher Offiziere für die Wahlen in die Nationalversammlung" beunruhigt. Noch mehr Lärm wird mit der Tätigkeit der „nationalen Jugendliga" geschlagen, aus „Daily Mail" bezeichnet Dresden als einen Herd einer monarchistischen Bewegung.

*

„Schweinebande"

Die Frankfurter Blätter berichten folgenden Vorfall aus Caub: Am Freitag den 7. Mai gegen 2 Uhr nachmittags landeten im Motorboot „Elisabeth Barbara" von Kostheim ein Offizier, etwa 35 Mann des 26. französischen Infanterieregiments und ein Matrose in der zum Kreise St. Goarshausen gehörigen Stadt Caub, die im unbesetzten Gebiete liegt. Die widerrechtlich gelandete Truppe versammelte sich vor dem Blücher-Denkmal, wo der Offizier eine Rede hielt, die die Mannschaften sichtlich erfreute und in die Forderung ausklang, das Denkmal durch Urinieren zu beschmutzen. Der Offizier ging den Mannschaften in dieser Tätigkeit voran. Der Vorfall rief eine Menschenansammlung hervor. Nur durch die besonnene Haltung zweier Wachtmeister wurde ein Zusammenstoß verhütet. Der Offizier und die Soldaten bedrohten die Menschenmenge mit Revolver und Reitpeitsche. Beim Abfahren über den Rhein rief der Offizier der Menschenmenge „Schweinebande" zu.

*

Wilsons Gründe für das Veto

Wie aus Washington gemeldet wird, erklärte Präsident Wilson bei der Abgabe des Vetos gegen die Friedensentschließung der Republikaner, eine solche Art des Friedensschlusses würde ein unauslöschlicher Fleck auf der Ehre der Union sein. Der Friedensvertrag von Versailles enthalte wichtige Bestimmungen, auf die die Entschließung keine Rücksicht genommen habe. Eine Verwerfung des Friedensvertrages durch die Union würde bedeuten, daß man sich zurückziehe und selbstsüchtige Interessen zu verfolgen wünsche. Die Entschließung habe sich um viele wichtige Ziele, für deren Verwirklichung die Union in den Krieg gezogen sei, nicht gekümmert.

Millerands Plaidoyer

Die Verhandlungen in San Remo und die französisch-englischen Vorberatungen in Hythe sind nicht nach dem Geschmack der Franzosen ausgefallen. Wenn anstatt Millerands Clemenceau der Vertreter der französischen Interessen gewesen wäre, so hätte es nach Ansicht der unentwegten Pariser Boulevard-Trotteurs niemals dazu kommen können, dem deutschen Standpunkt überhaupt Zugeständnisse zu machen. Vielleicht geht diese Ansicht fehl, aber sie ist jedenfalls vorherrschend. Man glaubt, dort die Erfahrung gewonnen zu haben, daß der härtere Clemenceau eher dazu befähigt gewesen wäre, die Notwendigkeit der Stunde, vor allen Dingen also die Vorbedingungen für den Wiederaufbau Frankreichs, selbst gegen England durchzudrücken.

Angesichts dieser Mißstimmung der leider immer noch im Siegermachn befangenen Franzosen hat der verantwortliche Leiter der Staatsgeschäfte keinen leichten Stand. Fast nach jeder Konferenz, die nicht ganz nach den Wünschen der einzelnen Anwaltsclique verläuft, hagelt es Interpellationen, bei denen jedem weniger eingefleischten Parlamentarier wie Millerand der Angstschweiß auf die Stirn träte. Dank seiner rednerischen Begabung, die in so manchem Strauß vor den Pariser Gerichtsschranken durch die Schule des Blufts gegangen, mußte Millerand am 28. Mai bei der Beantwortung der Interpellation Androit in der Deputiertenkammer zu der Frage der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung Stellung nehmen. Er hat dabei den Mund etwas sehr voll genommen, um seine ungeduldigen Ausfrager etwas zu beschwichtigen. Der den sozialistischen Dissidenten anwehrende Interpellant fand zweifellos den Beifall der Kammer, als er davon sprach, daß der Versailler Vertrag das Mindestmaß der Rechte darstellt, die Frankreich zustünden. Er verstieg sich dabei zu der Behauptung, daß der französische Anteil an der Wiedergutmachung von Rechts wegen vier- bis fünfmal so groß sein muß, wie derjenige Englands.

Wie sich Lloyd George dazu stellt, dürfte dem Interpellant nicht unbekannt gewesen sein. Wenn die englischen Staatsmänner auch wiederholt erklärt haben, daß England grundsätzlich anerkenne, daß Frankreich die sichtbarsten materiellen Schäden durch den Krieg erlitten habe, so hat er doch zwischen den Zeilen durchblicken lassen, daß er Frankreich im allgemeinen keine Vorzugsstellung bei der Verteilung der Wiedergutmachungssumme einräumen könne. Seit der Konferenz von Hythe hat sich Lloyd George zwar geflissentlich zurückgehalten, dafür hat aber seine Presse um so deutlicher ausgesprochen, daß England auch auf die Interessen der Dominions Rücksicht zu nehmen habe. Von diesen Dingen hat Millerand, am wenigsten in der Deputiertenkammer, anscheinend keine Kenntnis nehmen wollen. Er legte vielmehr das größte Gewicht auf die Feststellung, daß die Wiedergutmachungskommission in Tätigkeit bleibe und daß von einer Revision des Versailler Vertrages nicht gesprochen werden könne.

Wir wollen mit Herrn Millerand, der dem Hanfe in seinem Plaidoyer, das ihn über Wasser halten soll, nach dem Munde reden muß, nicht darüber streiten, da der Versailler Vertrag dem Geiste nach bereits revidiert ist. Fest steht jedenfalls, daß Frankreich polenvolens seinen Hunger nach Wiedergutmachung, soweit Deutschland dafür in Betracht kommt, beträchtlich wird unterdrücken müssen. Zwar ist sich auch Millerand darüber klar, daß Deutschland auch in den nächsten Jahren nicht imstande sein wird, die Forderungen auch nur Frankreichs aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Denn wo nichts ist, hat auch der Franzose sein Recht verloren. Auch er dürfte wissen, daß Deutschland keine mobilen Werte, die nicht schon irgendwie in Anspruch genommen sind, besitzt. Deutschlands Arbeit allein kann die erforderlichen Werte schaffen für die Einlösung der zu diskontierenden Schuldverschreibungen. Aber wäre es schlechterdings nicht zu erwägen, daß Deutschland berechtigt sein soll, seine Schuld nach einer bestimmten Reihe von Jahren endgültig abzulösen? Nicht umsonst ist ihm der Stoßseufzer entschlüpft, daß ihn die letzten vier Monate erst davon überzeugt hätten, daß ungeheure Schwierigkeiten die Schöpfer des Vertrages zu überwinden gehabt hätten. Nun werden auch die Verhandlungen in Spa diese nicht aus der Welt schaffen, sofern man dort kein Verständnis für unsre Leistungsfähigkeit hat. Wenn dem Franzosen vielleicht auch der praktische Blick dafür abgeht, was aus Deutschland herauszuholt werden kann, so darf doch angenommen werden, daß es England weiß, seine Politik danach einrichtet, und zwar um so mehr, als es kein Interesse daran hat, seinen einstigen besten Kunden vollends kreditunfähig zu machen.

*

Ueber die in Frage kommende Sitzung der französischen Kammer wird vom Wolff-Bureau gemeldet: Der gemäßigte Sozialist Aubriot begründete zunächst die Interpellation über die Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung. Der Vertrag von Versailles sei für viele Abgeordnete das Minimum der Rechte Frankreichs gewesen. Eine Politik der Großmut gegen Deutschland werde einzig und allein auf Kosten Frankreichs gehen. Er ersuche deshalb die Regierung, der Armutsmaskerade Deutschlands zu mißtrauen. Er hoffe, daß die Regierung noch sagen könne, daß sie für Spa freie Hand habe. Auf welche Weise man auch die Gesamtsumme der deutschen Schuld festsetzen werde, diese Aufgabe komme der Wiedergutmachungskommission zu.

Ministerpräsident Millerand erklärte, in den bisherigen Unterhandlungen seien noch keine Verpflichtungen übernommen worden. Die Alliierten gingen nach Spa als Fordernde mit vollkommen freien Händen, um die Ausführung des Friedensvertrages, aber nicht dessen Revision zu erzielen. Die Entwaffnung Deutschlands sei die erste Bedingung des Weltfriedens. Diese wesentliche Klausel wüßten die Alliierten mit allen Mitteln durchführen. Es wäre eine Ungerechtigkeit und ein Skandal, wenn die Urheber des Krieges nicht die Schuld, zu deren Zahlung sie sich verpflichtet hätten, vollkommen entrichteten. Nachdem Millerand die Artikel über die Wiedergutmachung verlesen hatte, habe er wollen, zu

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200530/1